

---

**Vorsitz: Serbien****SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES  
(1077. Plenarsitzung)**

1. Datum: Dienstag, 17. November 2015

Beginn: 15.35 Uhr

Schluss: 16.25 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter V. Žugić

Vor Eintritt in die Tagesordnung bekundete der Vorsitz den Angehörigen der Opfer der Terroranschläge in Paris am 13. November 2015 sein Beileid. Der Rat hielt eine Schweigeminute ab.

Im Namen des Ständigen Rates hieß der Vorsitz die neue Ständige Vertreterin von Israel bei der OSZE, Botschafterin Talya Lador-Fresher, willkommen.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ERKLÄRUNG ZU DEN TERRORANSCHLÄGEN  
VOM 13. NOVEMBER IN PARIS

Vorsitz

**Verabschiedetes Dokument:** Der Ständige Rat verabschiedete die Erklärung zu den Terroranschlägen vom 13. November in Paris (PC.DOC/3/15); der Wortlaut der Erklärung ist diesem Journal beigefügt.

Punkt 2 der Tagesordnung: JÜNGSTE TERRORANSCHLÄGE IN PARIS

Frankreich (Anhang 1), Luxemburg – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Moldau, Monaco, San Marino und der

Ukraine) (Anhang 2), Russische Föderation (Anhang 3), Schweiz, Kanada, Kasachstan (PC.DEL/1582/15 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 4), Norwegen (PC.DEL/1580/15), Turkmenistan, Belarus (PC.DEL/1579/15 OSCE+), Heiliger Stuhl (PC.DEL/1575/15 OSCE+), Ukraine (Anhang 5), Island, Armenien (PC.DEL/1584/15), Aserbaidshjan (PC.DEL/1574/15 OSCE+), Tadschikistan (PC.DEL/1571/15 OSCE+), Georgien (PC.DEL/1576/15 OSCE+), Türkei (Anhang 6), Mongolei (PC.DEL/1581/15 OSCE+), Moldau, Israel (Kooperationspartner), Japan (Kooperationspartner) (PC.DEL/1572/15 OSCE+), Afghanistan (Kooperationspartner), Parlamentarische Versammlung der OSZE

Punkt 3 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

keine

Punkt 4 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 19. November 2015, um 10.00 Uhr im Neuen Saal

---

**1077. Plenarsitzung**  
StR-Journal Nr. 1077, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION FRANKREICHS**

Am Freitag wurde Frankreich in Saint-Denis und in Paris zum Opfer eines niederträchtigen Anschlags von barbarischer Grausamkeit und einem noch nie dagewesenen Ausmaß. Am 15., 16. und 17. November herrscht Staatstrauer und alle französischen Einrichtungen setzen weltweit ihre Fahnen auf Halbmast. Mit der nationalen Gemeinschaft gedenken wir der Opfer und teilen den Schmerz und die Verzweiflung ihrer Familienangehörigen und Freunde. Gestern wurde eine Schweigeminute abgehalten.

Ich danke allen unseren Partnern, die in diesen schrecklichen Momenten ihre Unterstützung und Solidarität zum Ausdruck gebracht haben. Ich danke allen Freunden und Botschafterkollegen in der OSZE für ihre Beileids- und Solidaritätsbekundungen, die sie uns das ganze Wochenende hindurch, in der Nacht von Freitag auf Samstag und auch heute noch zukommen ließen. Ich danke insbesondere dem serbischen OSZE-Vorsitz, der gemeinsam mit dem Generalsekretär der OSZE in der Nacht von Freitag auf Samstag ein Kommuniké herausgegeben hat, in dem uns Unterstützung zugesagt wurde. Von ganzem Herzen danke ich dem serbischen Vorsitz auch dafür, dass er den Ständigen Rat zu dieser Sondersitzung über die Anschläge in Paris einberufen und eine Erklärung des Ständigen Rates zu den Terroranschlägen vom 13. November 2015 in Paris ausgehandelt hat.

Wie der Präsident der Republik am 16. November vor den beiden zum Kongress versammelten Kammern des französischen Parlaments feststellte, war am „Freitag ganz Frankreich Zielscheibe der Terroristen. Frankreich, das das Leben, die Kultur, den Sport und Feste liebt. Frankreich, das keinen Unterschied nach Hautfarbe, Herkunft, Werdegang und Religion macht. Das Frankreich, das die Mörder umbringen wollten, war das seiner Jugend in ihrer ganzen Vielfalt (...). Im Visier der Terroristen stand das weltoffene Frankreich.“

Angesichts der Schandtaten der Terroristen und der Bedrohung, die von ihnen ausgeht, sind wir vereint, entschlossen und gewappnet.

Wir werden unseren Kampf gegen den Terrorismus fortsetzen, so wie wir uns auch stärker denn je für die Achtung unserer republikanischen Werte und für die Menschenrechte einsetzen werden – jene Werte, die die Terroristen auslöschen wollen. In diesem Kampf werden die französischen Behörden auf höchster Ebene weiterhin gegen alle klischeehaften Vereinfachungen vorgehen. Frankreich führt nicht Krieg gegen eine Religion. Frankreich

führt nicht Krieg gegen den Islam oder die Muslime. Und Frankreich wird, so wie es der Premierminister wiederholte Male gesagt hat, wie eh und je alle seine Bürger und Bürgerinnen schützen – egal, ob sie gläubig sind oder nicht.

Frankreich verweigert auch alle klischeehaften Vereinfachungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise. Die humanitäre Hilfe in Frankreich wurde mobilisiert, um auf die dramatischen Folgen der Konflikte in Syrien und im Irak für die Menschen zu reagieren. Frankreich setzt sich auch für die Aufnahme derjenigen ein, die vor Gewalt und Verfolgung flüchten. Wenn es Schwachstellen in der Kontrolle der Migrationsströme gab, die sich die Terroristen zunutze gemacht haben, dann müssen wir gegen diese Schwachstellen vorgehen und nicht gegen die Flüchtlinge. Denn diese dürfen nicht erneut zu Opfern der Terroristen und Fundamentalisten werden, indem sie, mit diesen in einen Topf geworfen, zum Ziel von Gewalt und Intoleranz werden.

Im Rahmen der OSZE – und unser Minister für europäische Angelegenheiten wird beim kommenden Ministerrat in Belgrad Gelegenheit haben daran zu erinnern – müssen wir auch unsere Verantwortung wahrnehmen, um einerseits die justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit im Kampf gegen kriminelle Strukturen auszubauen, sei es im Bereich des Waffenhandels, der illegalen Zuwanderung oder terroristischer Netze, und andererseits die Spannungen zwischen den Religionsgemeinschaften zu entschärfen. Vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen ist das Erinnern an unsere gemeinsamen Werte das beste Bollwerk gegen die Maschinerie von Hass und Gewalt. Meine Delegation könnte keinem Text zustimmen, der dahingehend ausgelegt werden könnte, dass er die Grundwerte unserer Republik – die Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit, die Trennung von Kirche und Staat, die jedem Menschen innewohnende Würde und die Universalität der Menschenrechte – in Frage stellt.

Herr Vorsitzender, ich bitte um Beifügung dieser Erklärung als Anhang zum Sitzungsjournal.

Danke.

---

**1077. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1077, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DES VERTRETERS DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Luxemburgs als EU-Vorsitzland erteilte dem Vertreter der Europäischen Union das Wort, der die folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union möchte auf die letzten Samstag veröffentlichte Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der Leiter ihrer Institutionen zu den Terroranschlägen in Paris Bezug nehmen.

Die Europäische Union ist nach den Terroranschlägen von Paris tief bestürzt und in Trauer. Es handelt sich um einen Anschlag auf uns alle. Gemeinsam werden wir dieser Bedrohung mit allen notwendigen Mitteln und fester Entschlossenheit entgegentreten.

Frankreich ist eine große und starke Nation. Seine Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit waren und sind ein Leitbild für die Europäische Union. Heute fühlen wir uns eins mit dem französischen Volk und der Regierung von Frankreich. Dieser verabscheuungswürdige Terrorakt wird nur das Gegenteil von dem erreichen, was er bezweckte – nämlich zu spalten, zu ängstigen und Hass zu säen.

Das Gute ist stärker als das Böse. Alles was auf europäischer Ebene für die Sicherheit Frankreichs getan werden kann, wird getan werden. Wir werden tun, was nötig ist, um den Extremismus, den Terrorismus und den Hass zu besiegen.

Wir Europäer werden alle den 13. November 2015 als europäischen Trauertag in Erinnerung behalten.

Die Bewerberländer ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>1</sup> und Albanien<sup>1</sup>, das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielle Bewerberland Bosnien und Herzegowina, die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island und Liechtenstein sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Andorra, Monaco und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

---

1 Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

---

**1077. Plenarsitzung**  
StR-Journal Nr. 1077, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wir sprechen dem befreundeten französischen Volk unser aufrichtiges Beileid und Mitgefühl aus, besonders den Angehörigen der Todesopfer der beispiellosen Serie von Terroranschlägen in Paris am 13. November. Wir wünschen allen, die durch die Hand der Terroristen verletzt wurden, baldige Genesung.

In einem Beileidstelegramm an den Präsidenten der Französischen Republik, François Hollande, verurteilte der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, auf das Entschiedenste diese unmenschlichen Morde; er stellte darin fest, dass diese Tragödie ein weiterer Beweis für das barbarische Wesen des Terrorismus sei, der die gesamte menschliche Zivilisation herausfordere.

Leider war auch Russland, so wie Frankreich, mit furchtbaren Akten des Terrorismus konfrontiert. Gestern Abend, am 16. November, wurde bei einer Besprechung mit dem Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, bekannt gegeben, dass nach sorgfältiger Untersuchung persönlicher Gegenstände, des Gepäcks und der Trümmer des am 31. Oktober dieses Jahres über der Halbinsel Sinai abgestürzten Flugzeugs durch den russischen und den ägyptischen Geheimdienst nun eindeutig ein Terroranschlag als Unglücksursache feststeht.

Wie Wladimir Putin erklärte, ist Russland nicht zum ersten Mal mit barbarischen Terroranschlägen konfrontiert. Nach der Anzahl der Opfer zählt die Ermordung unserer Landsleute auf dem Sinai zu den blutigsten Verbrechen. Die Tränen in unseren Herzen und Seelen werden nicht trocken. Der Schmerz bleibt für immer. Das wird uns aber nicht daran hindern, die Täter zu finden und zu bestrafen. Wir werden sie überall suchen, wo auch immer sie sich verbergen. Wir werden sie an jedem Ort dieses Planeten finden und zur Verantwortung ziehen. Russland wird dabei strikt im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen handeln, der das Recht zur Selbstverteidigung vorsieht.

Die Tragödien in Paris, auf der Halbinsel Sinai, in der Türkei und anderen Regionen haben wieder einmal gezeigt, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und seine vielfältigen Strukturen besondere Priorität hat und dass alle Partner innerhalb und

außerhalb der Region mit vereinten Kräften handeln müssen. Die Russische Föderation hat mehr als einmal dazu aufgerufen, von der Doppelmoral und der Instrumentalisierung der Antiterror-Agenda für politische Zwecke abzulassen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in seinen Beschlüssen wiederholt darauf hingewiesen, dass es für Terrorismus keinerlei Rechtfertigung gibt. Es gibt auch keine Argumente, die als Begründung für Passivität und Uneinigkeit im Kampf gegen diese gewaltige Herausforderung dienen könnten.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir voll und ganz die Initiative des serbischen Vorsitzes, eine Erklärung des Ständigen Rates der OSZE zu den jüngsten Terroranschlägen zu verabschieden. In diesem für unsere Völker so schwierigen Moment ist es wichtig, allen vor Augen zu führen, dass sich unsere Organisation solidarisch und geeint der schnellstmöglichen Ausrottung dieses weltweiten Übels annimmt.

Nun ist es an der Zeit, entschlossenere Schritte zu setzen. Wir müssen alle Vorwände, Ausflüchte und Vorbedingungen beiseitelassen und uns auf die Schaffung einer wirklich universellen Antiterrorfront unter Einhaltung des Völkerrechts konzentrieren. Eine Koordination der Bemühungen Russlands, der Vereinigten Staaten und anderer Mitglieder der internationalen Gemeinschaft liegt im Interesse der gesamten Menschheit.

Russland ist bereit, mit Frankreich und anderen Partnern aufs Engste zusammenzuarbeiten, um die Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus zu verstärken. Die Drahtzieher und die Ausführenden der ungeheuerlichen Verbrechen in Paris und auf dem Sinai wie auch anderer Terroranschläge, etwa jüngst im Libanon, im Irak, in der Türkei und in Ägypten, müssen die verdiente Strafe erhalten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

---

**1077. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1077, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Die Vereinigten Staaten trauern mit dem französischen Volk um die Menschen, die in Paris auf tragische Weise ums Leben kamen, und verurteilen aufs Schärfste die Terroranschläge, die das Leben so vieler Unschuldiger zerstört haben. Den Menschen in Frankreich sagen wir: wir teilen euren Schmerz. Wir sind in Trauer mit euch vereint. Unsere Gedanken und Gebete gelten den Opfern und ihren Angehörigen. Heute und Tag für Tag gedenken wir auch jener, die im Januar dieses Jahres bei ähnlich schrecklichen Anschlägen in den Büros von *Charlie Hebdo* und in einem koscheren Supermarkt ihr Leben verloren haben.

Wie Präsident Obama feststellte, waren die Anschläge vom vorigen Freitag nicht nur ein Angriff auf Paris, sondern auf die gesamte Menschheit und die universellen Werte, die wir teilen, auch auf die Maxime *Liberté, Égalité, Fraternité*. Die Vereinigten Staaten und Frankreich sind durch diese immerwährenden und demokratischen Werte miteinander verbunden.

Als Zeichen der Hochachtung gegenüber den Opfern dieser sinnlosen Gewalttaten ordnete Präsident Obama in einer Bekanntmachung an, die Flagge der Vereinigten Staaten an allen öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen im Ausland bis zum Sonnenuntergang am 19. November auf Halbmast zu setzen. Die Vereinigten Staaten haben der französischen Regierung auch erneut Unterstützung in unserem gemeinsamen Kampf gegen Terrorismus und gewalttätigen Extremismus angeboten.

Im September 2001, einen Tag nachdem die Vereinigten Staaten selbst Opfer entsetzlicher Anschläge wurden, brachte die Zeitung *Le Monde* eine Schlagzeile, die quer durch die Vereinigten Staaten Widerhall fand, als unsere Bürger von Fassungslosigkeit und Schmerz ergriffen waren. Sie lautete: „*Nous sommes tous Américains.*“

Herr Botschafter Roger-Lacan, „*Aujourd’hui, nous sommes tous Français.*“ Wir werden mit Frankreich weiterhin solidarisch sein und Seite an Seite mit Ihnen dafür kämpfen, dass die universellen Werte, die unsere Nationen als Verbündete, Partner und Freunde verbinden, hochgehalten werden.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**1077. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1077, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

die Ukraine schließt sich der Erklärung der Delegation der Europäischen Union vollinhaltlich an. Nun möchte ich einige zusätzliche Bemerkungen als Vertreter meines Landes anfügen.

Lassen Sie mich zu Beginn den Angehörigen und Freunden der unschuldigen Opfer der Terroranschläge von Paris im Namen der Ukraine unser aufrichtiges Beileid aussprechen und den Verletzten baldige Genesung wünschen. In diesen schweren Stunden trauert die Ukraine gemeinsam mit der französischen Nation angesichts der furchtbaren Verluste.

Die Nachricht von der Tragödie in Paris, die von den abscheulichen Terroranschlägen verursacht wurde, hat in der Ukraine große Bestürzung und Trauer ausgelöst. Der Präsident der Ukraine und der Präsident der Republik Slowenien, der sich zu einem Besuch in der Ukraine aufhielt, gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie dem französischen Volk ihr tief empfundenes Mitgefühl und ihre Solidarität bekundeten. Insbesondere heißt es darin:

„Dieser entsetzliche Anschlag im Herzen von Paris zielte nicht nur darauf ab, Hunderte friedliche Zivilisten zu töten und Millionen von Europäern einzuschüchtern, sondern auch darauf, die europäischen Grundwerte und den Frieden zwischen den Völkern zu untergraben.

Wir sind davon überzeugt, dass die internationale Gemeinschaft entschlossen und rasch eine überzeugende und gemeinsame Antwort auf die Bedrohung des Weltfriedens durch den Terrorismus finden muss. Es muss eine deutliche Mahnung an jene ergehen, die die terroristischen Organisationen und Aktivitäten in irgendeiner Weise unterstützen oder begünstigen...“

Der Präsident der Ukraine betonte, dass wir uns im Kampf gegen den Terror an die Seite des französischen Volkes stellen, in einer Zeit, in der Frankreich, Europa und die ganze Welt an der Seite der Ukraine in ihrem Kampf gegen den Terrorismus auf ukrainischem Hoheitsgebiet stehen.

Ich ersuche höflich, Herr Vorsitzender, diese Erklärung als Anhang dem Journal dieser Sitzung beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**1077. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1077, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

gestatten Sie mir vorab festzustellen, dass wohl kaum ein Land die Trauer des französischen Volkes so gut verstehen, mitfühlen und teilen kann wie die Türkei – denken wir an unsere eigenen tragischen Erlebnisse mit Terroranschlägen, der jüngste davon in Ankara. Unser Präsident hat Präsident Hollande telefonisch sein Beileid ausgesprochen.

Nach den schrecklichen Anschlägen am 13. November in Paris hat der Ministerpräsident der Republik Türkei folgende Erklärung abgegeben:

Zitat:

„Wir verurteilen aufs Schärfste die unmenschlichen und hinterhältigen Terroranschläge, die heute Nacht in Paris verübt wurden. Wir nehmen aufrichtig Anteil an der Trauer der französischen Nation.

Diese Anschläge waren nicht nur gegen die französische Nation, sondern gegen die ganze Menschheit, gegen die Demokratie, die Grundfreiheiten und universellen Werte gerichtet. Terrorismus hat keine Religion, Nationalität oder irgendeinen Wert, für den er steht. Terrorismus ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In uneingeschränkter Solidarität steht die Türkei im Kampf gegen den Terrorismus weiterhin zu Frankreich und anderen befreundeten und verbündeten Ländern. Gemeinsam werden wir in aller Entschlossenheit den Kampf gegen diese Geißel fortsetzen.“

Ende des Zitats.

Erlauben Sie mir, kurz auf die Ausführungen meiner geschätzten französischen Kollegin zu reagieren. Sie sagte, wir müssten unsere Zusammenarbeit verstärken, um die Herausforderung, die sich uns stellt, zu bewältigen. Es war klug von ihr darauf hinzuweisen, dass wir unterscheiden müssen zwischen den Menschen, die einem anderen kulturellen Hintergrund entstammen und in unseren Gesellschaften leben, wie zum Beispiel Migranten,

und denen, die Verbrechen verüben, dass wir die Spannungen in unseren Gesellschaften abbauen und Verallgemeinerungen vermeiden müssen. In diesem Zusammenhang haben Strategien gegen Intoleranz und Diskriminierung für unsere Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus und im Vorgehen gegen gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, besondere Bedeutung gewonnen. Wir müssen die Umstände beseitigen, die Spannungen und Polarisierung in unseren Gesellschaften verursachen. Wir verfügen bereits über Verpflichtungen und ausreichende Grundlagen, um unsere Zusammenarbeit weiter zu vertiefen. Wir glauben, dass wir Gelegenheit dazu hätten, wenn etwas von dem, woran wir derzeit arbeiten, auf dem Ministerratstreffen in Belgrad verabschiedet würde.

Wir sprechen nochmals den Familien der Opfer, der französischen Nation und Regierung unsere aufrichtige Anteilnahme anlässlich dieser traurigen Ereignisse aus und wünschen den Verletzten rasche Genesung.

Danke.

---

**1077. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1077, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
ZU DEN TERRORANSCHLÄGEN VOM 13. NOVEMBER IN PARIS**

Wir, die Mitglieder des Ständigen Rats der OSZE, sind entsetzt über die tödlichen Terroranschläge auf die Zivilbevölkerung an sechs Orten in Paris, darunter in der Konzerthalle Bataclan, am 13. November 2015, bei denen über hundert Menschen ums Leben kamen und viele andere verletzt wurden.

Wir sprechen den Familien und Freunden der Opfer sowie dem Volk und der Regierung Frankreichs unser aufrichtiges Beileid aus und wünschen den Verletzten rasche Genesung.

Wir erinnern an die jüngsten Terroranschläge in der OSZE-Region und ihrer Nachbarschaft, zu denen sich ISIL/ DAESH bekannte oder die von ISIL/ DAESH begangen wurden und die in den letzten Monaten viele Todesopfer forderten, insbesondere an den Terroranschlag auf das russische Passagierflugzeug A321 über der ägyptischen Halbinsel Sinai und den schweren Anschlag in Ankara, die beide im Oktober 2015 begangen wurden.

Wir verurteilen diese brutalen und willkürlichen Gewaltakte gegen unschuldige Menschen und betonen die Notwendigkeit, die Täter vor Gericht zu bringen.

Wir verurteilen aufs Schärfste alle Spielarten und Erscheinungsformen des Terrorismus – unabhängig davon, aus welchem Grund, wann und von wem die Taten begangen werden.

Wir weisen erneut darauf hin, dass mit allen Mitteln gegen die von terroristischen Akten ausgehenden Bedrohungen für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit vorgegangen werden muss – im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht, insbesondere den geltenden internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsrecht und dem humanitären Völkerrecht.

Geschlossen kämpfen wir gegen Terrorismus und gewalttätigen Extremismus, der zu Terrorismus führt, und weisen darauf hin, dass Terrorismus nicht mit irgendeiner Religion, Nationalität oder Kultur in Verbindung gebracht werden kann und darf.

Wir betonen, dass Terrorismus nur durch einen konsequenten und ganzheitlichen Ansatz bezwungen werden kann, bei dem alle Staaten sowie internationale und regionale

Organisationen aktiv mitwirken und zusammenarbeiten, um die terroristische Bedrohung einzudämmen, zu schwächen, zu isolieren und schließlich völlig lahmzulegen.

Wir bekräftigen die feste Entschlossenheit der Teilnehmerstaaten, die Grundprinzipien, auf denen die OSZE aufbaut, zu schützen und alle OSZE-Verpflichtungen umzusetzen, insbesondere diejenigen in Verbindung mit der Bekämpfung des Terrorismus und des Phänomens der ausländischen terroristischen Kämpfer, der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit und der Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung sowie des Respekts und des Verständnisses füreinander in unseren Gesellschaften.